



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge



Entscheiderbrief

Informationsschnelldienst

06/2023

Das BAMF

Inhaltsverzeichnis

Verfahren 3

EuGH:

Anwendbarkeit der folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsentscheidung bei zwischenzeitlicher Rückkehr ins Herkunftsland 3

EuGH / VG Stuttgart:

Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH zu Bindungswirkung und Rückkehrentscheidungen bei Sekundärmigration 4

Kriminelle Gruppierungen in Lateinamerika: Tren de Aragua 6

Bund-Länder-Zusammenarbeit: 30 Jahre EASY-Verteilung Asylsuchender auf die Bundesländer 7

Rechtsprechung 8

VGH Mannheim / Kroatien:

Kein „real risk“ einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung für Dublin-Rückkehrende 8

VG Bremen / Ägypten:

Subsidiärer Schutz wegen Haftbedingungen bei Wehrdienstentziehung 9

Neuerwerbungen der Bibliothek 10

Impressum 12



EuGH: Anwendbarkeit der folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsentscheidung bei zwischenzeitlicher Rückkehr ins Herkunftsland

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat auf das Vorabentscheidungsersuchen des Verwaltungsgerichts (VG) Minden in der Rechtssache C-364/22 (J. B. gegen Bundesrepublik Deutschland) die Rechtsauffassung und Verfahrenspraxis des Bundesamtes zur Anwendbarkeit der folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsentscheidung nach Art. 33 Abs. 2 Buchst. d der Richtlinie 2013/32/EU („Asylverfahrensrichtlinie“) auf die Situation bestätigt, in der ein Antragsteller zwischen seinem früheren Antrag und dem Folgeantrag in sein Herkunftsland freiwillig zurückgekehrt ist bzw. abgeschoben wurde.¹

Nach dem Urteil des Gerichtshofes gelte dies auch für den Fall, dass die Entscheidung über den früheren Antrag – wie in der Bundesrepublik Deutschland bis zum 30. November 2013² – zwar nicht die Zuerkennung des subsidiären Schutzstatus betraf, aber nach einer Prüfung des Vorliegens von Abschiebungsverboten erlassen wurde, deren Prüfprogramm mit denen des subsidiären Schutzstatus vergleichbar war.³

Zur Begründung führte der Gerichtshof aus, dass sich die Anwendbarkeit des Folgeantragskonzepts nach Art. 33 Abs. 2 Buchst. d i. V. m. Art. 40 Abs. 2 und 3 der Asylverfahrensrichtlinie im Lichte des im 36. Erwägungsgrund zum Ausdruck kommenden Zieles der „res iudicata“ („Unverhältnismäßigkeit der Durchführung eines gesamten Prüfverfahrens bei einem bereits bewerteten Sachverhalt ohne Vorlage neuer Beweise“ bzw. „Vermeidung einer Doppelbewertung“) auf das Vorliegen einer unanfechtbaren Entscheidung beziehe und die Verpflichtung zur

Durchführung einer erneuten Sachprüfung maßgeblich von der Frage abhängen, ob demgegenüber „neue Umstände oder Erkenntnisse“ zutage getreten oder vom Antragsteller vorgebracht worden sind.⁴

Im Lichte dessen könne zunächst der bloße Umstand, dass ein Antragsteller zwischen dem früheren Antrag und dem Folgeantrag in sein Herkunftsland zurückgekehrt ist bzw. abgeschoben wurde, nicht folgeverfahrensöffnend wirken.

Zwar bestehe durchaus die Möglichkeit, dass ein Antragsteller bei einer zwischenzeitlichen Rückkehr bzw. einem Aufenthalt in seinem Herkunftsland einer neuen bzw. erneuten Verfolgungsgefahr ausgesetzt sein könnte. Zwingend sei dies aber nicht. Demnach könnten die zwischenzeitliche Rückkehr bzw. der Aufenthalt als solcher nicht folgeverfahrensöffnend wirken, sondern nur Umstände, die unmittelbaren Einfluss auf die Bewertung bzw. Entscheidung über die Gewährung von internationalem Schutz hätten.⁵

Bei alledem spreche auch der Umstand, dass bei dem früheren Antrag nicht der subsidiäre Schutzstatus zuerkannt, sondern lediglich ein Abschiebungsverbot festgestellt worden wäre, als solcher nicht gegen die Anwendbarkeit der folgeantragsbezogenen Unzulässigkeitsregelung.

Das Ziel der „res iudicata“, einen bereits unanfechtbar bewerteten Lebenssachverhalt ohne neue Beweise nicht erneut prüfen bzw. bewerten zu müssen, sei nämlich auch dann einschlägig, wenn das Prüfprogramm bei dem früheren Antrag mit den unionsrechtlichen Schutzvorgaben des subsidiären Schutzstatus identisch war.⁶

Grundlagen des Asylverfahrens / Prozessführung

1 EuGH, Urteil vom 25.05.2023, C-364/22, JB gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 48 (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15847212>; zuletzt abgerufen am: 26.05.2023).

2 Der deutsche Gesetzgeber hatte erst mit Wirkung zum 1. Dezember 2013 einen eigenständigen Schutzstatus eingeführt. Vor diesem Datum stellte die nationale Asylbehörde bei Vorliegen der Voraussetzungen von Art. 15 der Richtlinie 2004/83 („Anerkennungsrichtlinie a. F.“) Abschiebungsverbote gemäß § 60 Abs. 2, Abs. 3 und Abs. 7 Satz 7 AufenthG fest. Vorbehaltlich der Prüfung von Ausschlussgründen nach Art. 17 der Richtlinie 2004/83 führte eine solche Feststellung sodann zur Zuerkennung der Rechte, die subsidiär Schutzberechtigten im Bereich des Aufenthaltsrechts zustanden. Die Asylbehörde wendete das gleiche „Prüfprogramm“ an, wie es nach Art. 15 und 18 der Richtlinie 2004/83 für die Prüfung erforderlich war, als ob subsidiärer Schutz zu gewähren sei.

3 EuGH, Urteil vom 25.05.2023, C-364/22, JB gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 48 (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15847212>; zuletzt abgerufen am: 26.05.2023).

4 Vgl. in diesem Sinne EuGH, Urteil vom 25.05.2023, C-364/22, JB gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 34 und 45. (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15847212>; zuletzt abgerufen am: 26.05.2023).

5 Vgl. in diesem Sinne EuGH, Urteil vom 25.05.2023, C-364/22, JB gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 34 und 45. (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15847212>; zuletzt abgerufen am: 26.05.2023).

6 Vgl. in diesem Sinne EuGH, Urteil vom 25.05.2023, C-364/22, JB gegen Bundesrepublik Deutschland, Rn. 45f. (abrufbar unter: <https://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=274106&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=15847212>; zuletzt abgerufen am: 26.05.2023).

EuGH / VG Stuttgart: Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH zu Bindungswirkung und Rückkehrentscheidungen bei Sekundärmigration

Mit Beschluss vom 2. Mai 2023⁷ hat das Verwaltungsgericht (VG) Stuttgart dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) Rechtsfragen zur Auslegung und Anwendung des Art. 6 der Richtlinie 2008/115 („Rückführungsrichtlinie“) in Zusammenhang mit Rückkehrentscheidungen gegenüber Antragstellenden vorgelegt, deren Asylanträge trotz anderweitiger Flüchtlingsanerkennung innerhalb der Europäischen Union nach einer ergebnisoffenen Prüfung durch das Bundesamt abgelehnt wurden.

Die vorgelegten Fragen sind als klärungsbedürftige Anschlussfragen im Nachgang der bereits vom Bundesverwaltungsgericht (BVerwG C-753/22) vorgelegten Frage zur Bindungswirkung an die Flüchtlingszuerkennung in dem anderen Mitgliedstaat im Falle einer drohenden Art. 4 GRCh-Verletzung zu betrachten.

Ausgangsrechtsstreit

Der 1996 geborene Kläger ist staatenloser Palästinenser aus dem Gaza-Streifen, dem im August 2020 in Griechenland die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt wurde. Im November 2021 reiste er in die Bundesrepublik Deutschland ein und beantragte auch hier Asyl.

Weil ihm im Falle einer Rückkehr nach Griechenland die ernsthafte Gefahr einer Art. 4 GRCh zuwiderlaufenden Behandlung drohte, wurde keine Unzulässigkeitsentscheidung nach § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG erlassen, sondern der Asylantrag inhaltlich und ergebnisoffen geprüft. Mangels materieller Anspruchsvoraussetzungen lehnte das Bundesamt den Antrag als Sachentscheidung ab und erließ eine Abschiebungsandrohung in die palästinensischen Autonomiegebiete, Gaza-Streifen.

Hiergegen erhob der Kläger Klage vor dem VG Stuttgart, mit der er u. a. eine Bindungswirkung der Entscheidung in Griechenland für das Bundesamt geltend macht und zudem den Erlass der Rückkehrentscheidung im Hinblick auf die Regelung des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG beanstandet.

⁷ VG Stuttgart, Beschluss vom 02.05.2023 – A 7 K 6645/22 – In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683665/683683/683737/24108957/-/VG_Stuttgart%2C_vom_02.05.2023%2C_A_7_K_6645_22%2C_Beschluss.pdf?nodeid=24108512&vernum=-2

Verfahrenspraxis und rechtsdogmatischer Kontext zum ergänzenden Klärungsbedarf

Die verfahrensgegenständliche Entscheidung entspricht der aktuellen Praxis des Bundesamtes, vor dem Hintergrund der obergerichtlichen Rechtsprechung zur Situation international Schutzberechtigter in Griechenland⁸ und in Anwendung der Grundsätze aus den Entscheidungen des EuGH in den Rechtssachen Ibrahim⁹ und Hamed¹⁰ in einer Vielzahl der Verfahren von Unzulässigkeitsentscheidungen abzusehen und Asylanträge materiell zu prüfen.

Nach Erkenntnissen des Bundesamtes aus der Bearbeitung von Asylanträgen im Bereich der Sekundärmigration hat Griechenland nicht nur im Einzelfall die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt, obwohl sich aus den gegenüber dem Bundesamt geäußerten Fluchtgründen keine Voraussetzungen für die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft ergeben hatten, sodass die Asylanträge in diesen Fällen abzulehnen waren.

Die sich hierbei stellende Frage einer Bindungswirkung an eine Schutzzuerkennung in Griechenland ist aktuell Gegenstand einer Vielzahl rechtshängiger gerichtlicher Verfahren in unterschiedlichen Instanzen. Auch im Verfahren BVerwG 1 C 26.21 hatte das Bundesverwaltungsgericht die Frage zu beantworten, ob ein in Deutschland gestellter Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft schon deswegen Erfolg hat, weil eine entsprechende Zuerkennung zugunsten der antragstellenden Person bereits in einem anderen Mitgliedstaat erfolgt ist und hat diese Frage mit Beschluss vom 7. September 2021 im Wege eines Vorabentscheidungsverfahrens nach Art. 267 AEUV dem EuGH vorgelegt.¹¹

Bei den sich bisher in höchstrichterlicher Klärung befindenden Verfahren¹² handelt es sich um sog. Aufstockungsklagen nach vorheriger Zuerkennung eines niederrangigeren Schutzstatus; Rückkehrentscheidungen sind dort nicht streitgegenständlich. In Bezug auf Rückkehrentscheidungen vertritt das Bundesamt – wie auch im vorliegenden Verfahren – die Rechtsauffassung der Notwendigkeit einer teleologischen Reduktion des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG.

⁸ Zuletzt z. B. OVG des Saarlandes, Urteil vom 15.11.2022 – 2 A 83/22 –, juris.

⁹ EuGH, Urteil vom 19. März 2019 – C-297/17, C-318/17, C-319/17

und C-438/17 –. In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684569/21601538/-/EuGH%2C_vom_19.03.2019%2C_C-297_17%2C_C-318_17%2C_C-319_17%2C_C-438_17%2C_Urteil.pdf?nodeid=22709711&vernum=-2

¹⁰ EuGH, Beschluss vom 13. November 2019 – C-540/17 und

C-541/17 –. In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/684459/684477/684569/21601538/-/EuGH%2C_vom_13.11.2019%2C_C-540_17_und_C-541_17%2C_Beschluss.pdf?nodeid=21601863&vernum=-2

¹¹ Beim EuGH unter dem Az. C-753/22 anhängiges Verfahren. Zum Hintergrund der Vorlage und zur fehlenden Bindungswirkung nach Auffassung des BVerwG siehe Dr. Robert Keller, Vors. RiBVerwG, Anmerkung vom 13. Februar 2023 zur EuGH-Vorlage vom 7. September 2022 – 1 C 26/21 –, jurisPR-BVerwG 3/2023 Anm. 1.

¹² BVerwG 1 C 26.21, BVerwG 1 C 28.21, BVerwG 1 C 30.21.

Die Zulässigkeit einer Rückkehrentscheidung in das Herkunftsland wurde durch mehrere Verwaltungsgerichte – darunter auch von der vorlegenden Kammer des Verwaltungsgerichts Stuttgart – bestätigt,¹³ wobei diese Rechtsfrage in Literatur und Rechtsprechung teilweise unterschiedlich beantwortet wird und es auch innerhalb der bestätigenden Auffassungen rechtsdogmatisch unterschiedliche Begründungsansätze gibt.¹⁴

Anschlussfragen des Verwaltungsgerichts Stuttgart

In diesem rechtlichen Kontext und insbesondere aufgrund des ergänzenden Klärungsbedarfs hinsichtlich einer möglichen Rückkehrentscheidung setzte das VG Stuttgart mit Beschluss vom 2. Mai 2023 das Verfahren aus und legte dem EuGH mehrere Fragen zur Vorabentscheidung nach Art. 267 AEUV vor.

1. Zunächst bestätigte das VG Stuttgart für das vorliegende Verfahren die Pflicht zu einer Sachentscheidung trotz anderweitiger Flüchtlingsanerkennung innerhalb der Europäischen Union und gelangte aufgrund des Vortrags des Klägers – wie auch das Bundesamt im angegriffenen Bescheid – zu dem Ergebnis eines fehlenden materiellen Anspruchs auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft, sodass sich die Frage der Bindungswirkung an die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in Griechenland entscheidungserheblich stellte. Die erste Vorlagefrage entspricht dabei der durch das BVerwG im Beschluss vom 7. September 2022 – BVerwG 1 C 26.21 – vorgelegten Frage.

2. Die weiteren Vorlagefragen betreffen die für den Fall der Verneinung einer Bindungswirkung zu erlassende Rückkehrentscheidung. Hierbei untersucht das VG Stuttgart im Kontext des Art. 6 Abs. 2 RL 2008/115/EG zwei mögliche Ansätze, nämlich der Zulässigkeit einer Rückkehrentscheidung in den Mitgliedstaat und in das Herkunftsland.

a) Zunächst soll mit der Vorlagefrage 2 geklärt werden, ob eine Rückkehr in den Flüchtlingsschutz zuerkennenden Mitgliedstaat möglich ist, wenn dem Antragsteller dort eine Art. 4 GRCh zuwiderlaufende Behandlung drohe und ob hierbei isoliert auf die Umstände in dem anerkennenden Mitgliedstaat abzustellen ist, oder in den Blick genommen

werden darf, dass der Antragsteller bei fehlendem Schutzanspruch die Wahl hat, in den anderen Mitgliedstaat, der ihm die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt hat, oder in sein Herkunftsland zurückzukehren. Sollte eine vorherige Ausreiseaufforderung nach Griechenland möglich und notwendig gewesen sein, könne sich das auf die Rechtmäßigkeit der Rückkehrentscheidung in das Herkunftsland auswirken.¹⁵

b) Mit der dritten Vorlagefrage untersucht das VG Stuttgart die Möglichkeit einer Rückkehrentscheidung sowohl in den anerkennenden Mitgliedstaat als auch in das Herkunftsland in einer einzigen behördlichen Entscheidung im Hinblick auf nationale Rechtsvorschriften, mit denen Art. 6 Abs. 2 Satz 1 RL 2008/115/EG in das nationale Recht umgesetzt wird.¹⁶

c) Die vierte Vorlagefrage dient sodann einer Klärung der Zulässigkeit von Rückkehrentscheidungen in das Herkunftsland trotz zuerkannter Flüchtlingseigenschaft in einem Mitgliedstaat¹⁷. Europarechtlicher Ansatz zur Klärung im Rahmen eines Vorabentscheidungsersuchens ist dabei die Frage, ob die Rückkehrentscheidung nach Art. 6 Abs. 2 Satz 2 i. V. m. Abs. 1 RL 2008/115/EG in das Herkunftsland des Antragstellers erlassen werden dürfe oder ob dem wegen der in einem anderen Mitgliedstaat zuerkannten Flüchtlingseigenschaft der Grundsatz der Nichtzurückweisung (Art. 18, 19 Abs. 2 GRCh, Art. 5 RL 2008/115/EG, Art. 21 Abs. 1 RL 2011/95/EU) entgegenstehe.

In Bezug auf das nationale Recht geht das VG Stuttgart davon aus, dass in den Fällen, in denen trotz der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft in Griechenland dem Bundesamt die Ablehnung des Asylantrags des Klägers als unzulässig unter Durchbrechung des § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG verwehrt und eine materielle Prüfung geboten ist, § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG teleologisch zu reduzieren und nicht anwendbar sei. § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG beruhe auf der Prämisse, dass der andere Mitgliedstaat weiterhin oder erneut der für den Flüchtling verantwortliche Mitgliedstaat sei und diesem in Ausübung seiner Verantwortung Schutz gewähre. Mit der Durchbrechung des Grundsatzes des § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG sei es aber nicht vereinbar, § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG dennoch anzuwenden mit der Folge, dass die Bundesrepublik Deutschland zwar zur Durchführung eines weiteren Asylverfahrens und zur materiellen Prüfung verpflichtet, aber in den Grenzen des § 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG trotzdem an die positive Entscheidung des anderen Mitgliedstaats gebunden wäre, da die Vorschriften des § 29 Abs. 1 Nr. 2 AsylG sowie des

¹³ Vgl. VG Stuttgart, Urteil vom 18. Februar 2022 – A 7 K 3174/21 –, juris Rn. 55; VG Aachen, Urteil vom 3. Juni 2022 – 10 K 2844/20.A –, juris Rn. 97–102; VG Düsseldorf, Urteil vom 4. August 2021 – 16 K 1148/21.A –, juris Rn. 98–105; VG Trier, Urteil vom 19. August 2022 – 5 K 2104/22.TR –, juris Rn. 54 ff.; VG Regensburg, Urteil vom 17. März 2023 – RO 13 K 22.31542 –, juris Rn. 18–24.

¹⁴ Zur Übersicht vgl. VG Regensburg, Urteil vom 17. März 2023 – RO 13 K 22.31542 –, In: MLo https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683529/683547/683640/24059681/-/VG_Regensburg%2C_vom_17.03.2023%2C_RO_13_K_22.31542%2C_Urteil.pdf?nodeid=24081802&vernum=-2 Rn. 20 ff. m.w.N.

¹⁵ Siehe Vorlagefrage 2 und Erläuterungen hierzu im Beschluss vom 02.05.2023 – A 7 K 6645/22 – Rn. 87, 90 ff.

¹⁶ Zum Klärungsbedarf und zu den Einzelheiten siehe Rn. 96 ff. im Vorlagebeschluss vom 02.05.2023.

¹⁷ Zu den Einzelheiten siehe Rn. 101–104 im Vorlagebeschluss vom 02.05.2023.

§ 60 Abs. 1 Satz 2 AufenthG in einem untrennbaren Zusammenhang stünden und auf derselben Prämisse beruhten.¹⁸

Prozessführung / Berufungsverfahren

Kriminelle Gruppierungen in Lateinamerika: Tren de Aragua

In Venezuela üben diverse irreguläre Gruppierungen Einfluss in verschiedenen Teilen des Landes aus. In den letzten Jahren hat besonders die Berichterstattung über die Aktivitäten und die transnationale Ausbreitung von Tren de Aragua, der größten und mächtigsten kriminellen Bande Venezuelas („mega-banda“), zugenommen.¹⁹

Tren de Aragua entstand in der heutigen Form 2013/2014 im sogenannten Tocarón-Gefängnis des Bundesstaates Aragua (offiziell: Centro Penitenciario de Aragua); Teile ihrer Wurzeln und ihr Name gehen ursprünglich auf eine bereits zuvor existierende Arbeitergewerkschaft zurück.²⁰

Offizieller Kopf der Bande ist Héctor Guerrero Flores, alias Niño Guerrero, welcher im Rahmen einer mehr als 17-jährigen Haftstrafe weiterhin im Tocarón-Gefängnis inhaftiert ist und dort als Anführer („Pran“) seiner Gruppierung die vollständige Kontrolle ausübt. Laut Angaben der NGO Observatorio Venezolano de Prisiones (OVP) ist das Tocarón-Gefängnis eines von acht venezolanischen Gefängnissen ohne staatliche Kontrolle.²¹ Während sich die zentrale operative Basis der Gruppierung innerhalb des Tocarón-Gefängnisses befindet, weist Tren de Aragua eine starke Dominanz in ihrem Entstehungsbundesstaat sowie eine besondere Präsenz im Viertel San Vicente in Maracay auf.

18 VG Stuttgart, Beschluss vom 2. Mai 2023 – A 7 K 6645/22 –, juris Rn. 88 und 101.

Hinweis: Alle in den Fußnoten angegebenen URLs wurden zuletzt am 21.06.2023 abgerufen.

19 Insight Crime: Los 10 grupos criminales que dominan el hampa en Venezuela en 2023, 16.02.2023, <https://es.insightcrime.org/wp-content/uploads/2023/02/Los-10-grupos-criminales-que-dominan-el-hampa-en-Venezuela-en-2023-Feb-2023.pdf>, S. 15-16; Rísquez, Ronna und Erazo Carapaz, Lorena: El Tren de Aragua tiene parada in Ecuador, in: Runrun, 20.10.21, <https://runrun.es/rr-es-plus/457721/el-tren-de-aragua-tiene-parada-en-ecuador/>; FundaRedes: Bandas criminales adoptan estructuras de la guerrilla y exhiben identidad de corporativa, 06.07.2022, <https://www.fundaredes.org/2022/07/05/boletin41-bandas-criminales-adoptan-estructuras-de-la-guerrilla-y-exhiben-identidad-corporativa/>

20 Oropeza Colmonares, Valentina: Cómo el temido Tren de Aragua logró expandir sus tentáculos por América Latina desde una „lujosa“ cárcel de Venezuela, in: BBC News Mundo, 22.05.2023, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-65629446>; Insight Crime: Tren de Aragua, 14.02.2023, <https://es.insightcrime.org/noticias-crimen-organizado-venezuela/tren-de-aragua/>

21 OVP (Observatorio Venezolano de Prisiones): ¿Bajo qué control operan los pranes en las cárceles venezolanas?, 10.08.22, <https://oveprisiones.com/bajo-que-control-operan-los-pranes-en-las-carceles-venezolanas/>

Dort betreibt sie auch eine Stiftung (Somos el Barrio J. K.), mittels derer öffentliche Funktionen, wie etwa die Verteilung staatlich subventionierter Lebensmittelpakete (Bolsas CLAP) oder die Aufstellung und Durchsetzung von Gemeinderegeln, ausgeübt werden.²²

Laut der NGO Transparencia Venezuela operierte Tren de Aragua im Jahr 2022 in zwölf venezolanischen Bundesstaaten (Aragua, Lara, Yaracuy, Bolívar, Sucre, Miranda, Táchira, Guárico, Carabobo, Trujillo, Apure und Zulia), wobei die Größe des Einflussgebietes jeweils variierte.²³

Tren de Aragua hat insbesondere von den Emigrationsbewegungen in andere lateinamerikanische Länder in Folge der vielschichtigen soziopolitischen und ökonomischen Krise in Venezuela profitiert. Nachweislich seit 2018 hat sich die Gruppierung nicht nur sukzessiv entlang der Auswanderungsrouten u. a. in Brasilien, Kolumbien, Ecuador, Peru und Chile ausgebreitet, sondern nutzte ebenso die prekäre Situation Migrierender und Schutzsuchender zur Generierung finanzieller Einnahmen. Dies erfolgte z. B. durch Schlepperaktivitäten oder Erpressung. Daneben betreibt Tren de Aragua übereinstimmenden Berichten zufolge Menschenhandel mit venezolanischen Frauen und Mädchen zum Zweck der sexuellen Ausbeutung in mehreren lateinamerikanischen Ländern. Zu deren Rekrutierung nutzt die Bande eine Vielzahl von Strategien, wie beispielsweise das Inaussichtstellen von legalen Beschäftigungsmöglichkeiten oder das Auslegen von Ausreisekosten, die später durch Zwangsprostitution wieder abgearbeitet werden müssen.²⁴

22 France24: „Tren de Aragua“, la multinacional venezolana del crimen dada a conocer en un libro, 01.04.2023, <https://www.france24.com/es/minuto-a-minuto/20230401-tren-de-aragua-la-multinacional-venezolana-del-crimen>; Insight Crime: Tren de Aragua, 14.02.2023, <https://es.insightcrime.org/noticias-crimen-organizado-venezuela/tren-de-aragua/>; Insight Crime: Los 10 grupos criminales que dominan el hampa en Venezuela en 2023, 16.02.2023, <https://es.insightcrime.org/wp-content/uploads/2023/02/Los-10-grupos-criminales-que-dominan-el-hampa-en-Venezuela-en-2023-Feb-2023.pdf>, S. 15-16; Insight Crime: Organizaciones comunitarias ayudan a grupos criminales de Venezuela a dominar el territorio, 11.04.2022, <https://es.insightcrime.org/noticias/como-organizaciones-comunitarias-ayudan-a-los-grupos-criminales-de-venezuela-a-dominar-el-territorio/>

23 Transparencia Venezuela: Capítulo 3. Los grupos criminales tras las actividades ilícitas en Venezuela, Juni 2022, https://transparenciave.org/economias-ilicitas/wp-content/uploads/2022/06/LOS-GRUPOS-CRIMINALES-TRAS-LAS-ACTIVIDADES-ILICITAS-EN-VENEZUELA_Cap3.pdf, S. 18

24 Ebd.; France24: „Tren de Aragua“, la multinacional venezolana del crimen dada a conocer en un libro, 01.04.2023, <https://www.france24.com/es/minuto-a-minuto/20230401-tren-de-aragua-la-multinacional-venezolana-del-crimen>; EE (El Espectador) und ARI (Alianza Rebelde Investiga): El Tren de Aragua: detrás de la explotación sexual de migrantes en Latinoamérica, 23.04.2023, <https://www.elespectador.com/investigacion/el-tren-de-aragua-detras-de-la-explotacion-sexual-de-migrantes-de-latinoamerica/>; Insight Crime: Tren de Aragua, 14.02.2023, <https://es.insightcrime.org/noticias-crimen-organizado-venezuela/tren-de-aragua/>; Rísquez, Ronna et al.: Venezuela, el origen de la trata y la captación del Tren de Aragua, in: EE, 14.05.2023, <https://www.elespectador.com/investigacion/venezuela-el-origen-de-la-trata-y-la-captacion-del-tren-de-aragua/>; Oropeza Colmonares, Valentina: Cómo el temido Tren de Aragua logró expandir sus tentáculos por América Latina desde una „lujosa“ cárcel de Venezuela, in: BBC News Mundo, 22.05.2023, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-65629446>

Insgesamt ist Tren de Aragua in mindestens 20 Deliktfeldern, darunter Entführungen, Raubüberfälle, Schutzgelderpressung, Auftragsmorde, Menschen-, Drogen- und Waffenhandel sowie illegales Goldschürfen tätig. Die Gruppierung ist in der Bandbreite ihrer kriminellen Aktivitäten variabel und anpassungsfähig.²⁵

Die „megabanda“ hat das eigene Einflussgebiet auch mittels Allianzen bzw. Kollaborationen mit anderen kriminellen Akteuren innerhalb und außerhalb Venezuelas stark ausgeweitet. Einige Fachleute sprechen in diesem Zusammenhang von der Anwendung eines kriminellen Franchise-Modells. Gleichzeitig kommt es zu Auseinandersetzungen um Macht- und Einflussbereiche.²⁶ Schätzungen bezüglich der Mitgliederzahlen variieren zwischen etwa 2.500 und 5.000 Personen.²⁷

Zwar werden in verschiedenen Ländern Lateinamerikas immer wieder Bandenmitglieder festgenommen, Drogen beschlagnahmt oder Opfer des Menschenhandels befreit.²⁸ Jedoch scheinen das fehlende staatliche Machtmonopol im Tócorón-Gefängnis, Korruption sowie die lange Zeit eher eingeschränkte regionale Kooperation bei der Strafverfolgung die

Ausbreitung bzw. das Fortbestehen der Gruppierung begünstigt zu haben.²⁹

Länderanalysen

Bund-Länder-Zusammenarbeit: 30 Jahre EASY-Verteilung Asylsuchender auf die Bundesländer

Im Jahr des 70-jährigen Bestehens des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge blickt das Amt gleichzeitig auf 30 Jahre Bund-Länder-Zusammenarbeit im Rahmen der bundesweiten Verteilung Asylsuchender zurück. Ende März 1993 startete vor 30 Jahren das sogenannte „EASY“-Online-System zur bundesweiten Verteilung Asylsuchender.

Systemstart „EASY“

Am 31. März 1993 war es soweit: Das EASY-Verteilungssystem – also das Online-System zur Erstverteilung Asylsuchender – ging an den Start. Mit einem Klick werden seitdem Asylsuchende mittels eines auf dem „Königsteiner Schlüssel“ basierenden Verteilalgorithmus im ganzen Bundesgebiet auf die Bundesländer verteilt bzw. zwischen den Bundesländern umverteilt.

Ausgangssituation und Zielsetzung „EASY“

Um eine bundesweit ausgewogene Verteilung Asylsuchender vornehmen zu können, mussten bis zum Start der IT-gestützten EASY-Verteilung die sogenannten EASY-Beauftragten der Bundesländer in regelmäßigen Präsenzveranstaltungen mit Hilfe des Austausch von Karteikarten die Verteilung der Asylsuchenden innerhalb des Bundesgebietes vornehmen.

Bei parteiübergreifenden Gesprächen im Herbst 1991 zwischen dem damaligen Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble und den Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien bestand Konsens, dass ein neues Verteilungssystem für Asylsuchende zwingend eine ausgewogene Auslastung der bundesweit zur Verfügung stehenden Unterkünfte

25 Ebd.; Transparencia Venezuela: Capítulo 3. Los grupos criminales tras las actividades ilícitas en Venezuela, Juni 2022, https://transparenciave.org/economias-ilicitas/wp-content/uploads/2022/06/LOS-GRUPOS-CRIMINALES-TRAS-LAS-ACTIVIDADES-ILICITAS-EN-VENEZUELA_Cap3.pdf, S. 18-27; Agencia EFE: Detenidos 18 miembros de la banda transnacional Tren de Aragua en Chile, in: Swissinfo, 25.01.2023, <https://www.swissinfo.ch/spa/chile-seguridad-detenido-18-miembros-de-la-banda-transnacional-tren-de-aragua-en-chile/48233230>

26 Ocendo, Catalina und Singer, Florantonia: El fantasma del Tren de Aragua aparece en Colombia con muertos en bolsas, in: El País, 10.09.2022, <https://elpais.com/america-colombia/2022-09-10/el-fantasma-del-tren-de-aragua-appeare-en-colombia-con-muertos-en-bolsas.html>; AFP: Tren de Aragua, la sanguinaria banda criminal que Venezuela exportó a América Latina, in: El Comercio, 22.09.2022, <https://elcomercio.pe/mundo/venezuela/tren-de-aragua-la-sanguinaria-banda-criminal-que-venezuela-exporto-a-america-latina-colombia-chile-ecuador-peru-bolivia-narracion-historias-ec-noticia/?ref=ecr>; Insight Crime: GameChangers 2020: Tren de Aragua and the Exportation of Venezuelan Organized Crime, 30.12.2020, <https://insightcrime.org/news/analysis/criminal-winner-tren-de-aragua/>

27 France24: „Tren de Aragua“, la multinacional venezolana del crimen dada a conocer en un libro, 01.04.2023, <https://www.france24.com/es/minuto-a-minuto/20230401-tren-de-aragua-la-multinacional-venezolana-del-crimen>; Oropeza Colmonares, Valentina: Cómo el temido Tren de Aragua logró expandir sus tentáculos por América Latina desde una „lujosa“ cárcel de Venezuela, in: BBC News Mundo, 22.05.2023, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-65629446>; Lucena, Anaïs: This is how the 'Aragua Train' operates, the transnational mega-gang that frightens South America, in: El Ciudadano, 30.11.2022, <https://www.elciudadano.com/en/this-is-how-the-aragua-train-operates-the-transnational-mega-gang-that-frightens-south-america/11/30/>

28 García, Víctor: Golpe al Tren de Aragua en Chile: la organización criminal había comprado un autobús para transportar migrantes y droga, in: Infobae, 23.05.23, <https://www.infobae.com/america/america-latina/2023/05/23/golpe-al-tren-de-aragua-en-chile-la-organizacion-criminal-habia-comprado-un-autobus-para-transportar-migrantes-y-droga/>; Ministerio del Interior del Perú: Policía Nacional detuvo a más de 60 miembros de banda criminal „Los Injertos del Tren de Aragua“, 17.04.23, <https://www.gob.pe/institucion/mininter/noticias/743489-policia-nacional-detuvo-a-mas-de-60-miembros-de-banda-criminal-los-injertos-del-tren-de-aragua>; Ortiz Fonnegra, María Isabel: Caen dos miembros del 'Tren de Aragua' cuando cruzaban frontera con Venezuela, in: El Tiempo, 27.12.2022, <https://www.eltiempo.com/justicia/conflicto-y-narcotrafico/capturan-a-miembros-del-tren-de-aragua-y-liberan-a-cuatro-sequestrados-729117>

29 Oropeza Colmonares, Valentina: Cómo el temido Tren de Aragua logró expandir sus tentáculos por América Latina desde una „lujosa“ cárcel de Venezuela, in: BBC News Mundo, 22.05.2023, <https://www.bbc.com/mundo/noticias-america-latina-65629446>; Semana: Lo último: teniente vinculado al temido Tren de Aragua recibía un millón de pesos semanales, 14.10.2022, <https://www.semana.com/nacion/articulo/lo-ultimo-teniente-vinculado-al-temido-tren-de-aragua-recibia-un-millon-de-pesos-mensuales/20224/>; Insight Crime: Tren de Aragua, 14.02.2023, <https://es.insightcrime.org/noticias-crimen-organizado-venezuela/tren-de-aragua/>

Hinweis: Alle in den Fußnoten angegebenen URLs wurden zuletzt am 01.06.2023 abgerufen.

sicherstellen sollte. Daraus resultierend ergab sich die Notwendigkeit eines computergestützten Systems, das bereits vor Beginn des Asylprozesses eine bundesweit gleichmäßige Verteilung Asylsuchender auf die Bundesländer sicherstellt. Als Zielsetzung wurde definiert:

- Überlastungen einzelner Bundesländer und Aufnahmeeinrichtungen zu verhindern,
- den Einsatz von Personal und weiterer Ressourcen sowohl auf Länder- als auch auf Bundesebene zu optimieren sowie
- Sondersituationen schnell und flexibel zu bewältigen.

„EASY“-Entwicklung – Anforderungen an das System

Das am 1. Juli 1992 in Kraft getretene Gesetz zur Neuordnung des Asylverfahrens sah die EDV-gestützte zentrale Erstverteilung Asylbegehrender spätestens zum 1. April 1993 vor.

Im Einvernehmen mit den Bundesländern beauftragte der damalige Bundesinnenminister das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, die Federführung für die Realisierung eines EDV-Verfahrens zu übernehmen und als zentrale Verteilstelle tätig zu werden. In Zusammenarbeit des damaligen Bundesamtes mit einem Arbeitskreis der Bundesländer Baden-Württemberg, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen erfolgte neben der Verfahrensentwicklung ebenfalls die Festlegung eines systemseitig zu erfüllenden Kriterienkatalogs:

- Verteilung der Asylsuchenden unter Beachtung der Aufnahmequoten der Bundesländer
- Flächendeckende Zugangsmöglichkeit
- Ganzjährige 24-stündige Verfügbarkeit
- Einfache Bedienbarkeit
- Minimierung des Arbeits- und Kostenaufwands
- Geringer Installationsaufwand für die Bundesländer

Unmittelbar nach Auftragserteilung im August 1992 wurde ein Projektteam unter Beteiligung des damaligen Bundesamtes sowie externer Firmen gebildet, um das Anwenderkonzept zu erstellen und eine erste Testversion im Herbst 1992 vorzulegen. Für die Aufnahmeeinrichtungen der Bundesländer waren organisatorische und technische Vorbereitungen zu treffen, wie beispielsweise die Beantragung von (damals dem Stand der Technik entsprechenden) Anschlüssen für Btx-Zugänge (Bildschirmtext) oder Mitarbeiterschulungen.

Fazit

Rückblickend kann festgestellt werden, dass sich EASY in den letzten 30 Jahren mit über 4 Mio.

registrierten Zugängen aus folgenden Gründen bewährt hat:

- Kontinuierlicher und konstruktiver Austausch des Bundesamtes mit und zwischen den Bundesländern;
- Permanente Weiterentwicklung des EASY-Verteilsystems;
- im Oktober 2003 wurde beispielsweise die Btx-System-Version von einer direkt seitens des Bundesamtes entwickelten webbasierten Version abgelöst und Anfang 2016 optisch angepasst
- Organisatorische Absprachen des Bundesamtes und der Bundesländer sowie ein gegenseitiger offener Umgang miteinander sind Basis einer vertrauensvollen Zusammenarbeit.

Damit das EASY-System auch zukünftig dem Anspruch nach Aktualität und somit bundesweit ausgewogener Verteilung gerecht werden kann, hat die Hausleitung des Bundesamtes aktuell eine umfassende Modernisierung des Systems nicht nur in technischer Hinsicht beauftragt.

Fachanwendungen Asylverfahren, nationale Verteilung (EASY)

VGH Mannheim / Kroatien: Kein „real risk“ einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung für Dublin-Rückkehrende

Weder für nicht-vulnerable noch für vulnerable Dublin-Rückkehrende besteht in Kroatien das „real risk“ einer unmenschlichen oder erniedrigenden Behandlung. Dies gilt auch im Hinblick auf eine durch einzelne Verwaltungsgerichte unterstellte Gefahr, dass diese Personengruppen von Pushbacks oder Kettenabschiebungen betroffen sein könnten. Mit Urteil vom 11. Mai 2023 (Az.: A 4 S 2666/22) weist der 4. Senat des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg die Berufung der Kläger in Ermangelung tragfähiger Erkenntnismittel zurück.³⁰

Im Berufungsverfahren beriefen sich die Kläger insbesondere auf die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig (Urteil vom 24. Mai 2022 - 2 A 26/22), wonach aufgrund der Beteiligung Kroatiens an Kettenabschiebungen aus anderen EU-Ländern die beachtliche Wahrscheinlichkeit bestehe, dass Dublin-Rückkehrende aus Deutschland

³⁰ VGH Mannheim, Urteil vom 11.05.2023 - A 4 S 2666/22. In MLO: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/683300/683529/683547/683640/24059681/-/VGH_Mannheim%2C_vom_11.05.2023%2C_A_4_S_2666_22%2C_Urteil.pdf?nodeid=24114816&vernum=-2

Opfer von Pushbacks würden. Auch die erste Kammer des Verwaltungsgerichts Freiburg (Beschluss vom 26. Juli 2022 - A 1 K 1805/22) habe im Anschluss daran entschieden, es sei ernsthaft zu befürchten, dass im Rahmen des Dublin-Systems über Kroatien rechtswidrige Kettenabschiebungen nach Bosnien bzw. Serbien stattfinden würden.

Auswirkungen auf die Entscheidungspraxis

Der Verwaltungsgerichtshof hat die Rechtsauffassung und Argumentation des Bundesamtes zu dieser Thematik, die seitens des Referats Prozessführung / Berufungsverfahren auch im Bundesland Niedersachsen einer obergerichtlichen Klärung zugeführt wurde (Oberverwaltungsgericht Lüneburg, Beschluss vom 22. Februar 2023 - 10 LA 12/23)³¹, vollumfänglich bestätigt.

Prozessführung / Berufungsverfahren

VG Bremen / Ägypten: Subsidiärer Schutz wegen Haftbedingungen bei Wehrdienstentziehung

Das Verwaltungsgericht (VG) Bremen kam in seinem Urteil vom 27. April 2023 (Az.: 1 K 2535/21) zu dem Ergebnis, dass die Wehrdienstentziehung oder mögliche Sanktionen wegen Wehrdienstentziehung in Ägypten keine flüchtlingsrechtlich relevante Verfolgung darstellen, die drohenden Haftbedingungen jedoch einen Anspruch auf subsidiären Schutz begründen.³²

Der 1998 geborene Kläger ist ägyptischer Staatsangehöriger mit arabischer Volkszugehörigkeit, reiste nach eigenen Angaben 2018 zu Studienzwecken ein und stellte 2021 einen Asylantrag.

Zunächst stellte das Gericht fest, dass der Kläger keinen Anspruch auf Anerkennung als Asylberechtigter oder auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft habe. Der Kläger habe nicht hinreichend glaubhaft gemacht, Ägypten unter dem Druck erlittener oder drohender Verfolgung seitens des Staates oder privater Dritter verlassen zu haben. Ebenso wenig habe er

glaubhaft gemacht, dass eine entsprechende Verfolgung im Falle seiner Rückkehr nach Ägypten beachtlich wahrscheinlich sei. Im Falle der Wehrdienstentziehung stellen die daran geknüpften Sanktionen, selbst wenn sie von totalitären Staaten ausgehen, nur dann eine flüchtlingsrechtlich erhebliche Verfolgung dar, wenn sie nicht nur der Ahndung eines Verstoßes gegen eine allgemeine staatsbürgerliche Pflicht dienen, sondern darüber hinaus den Betroffenen auch wegen seiner Religion, seiner politischen Überzeugung oder eines sonstigen asylerblicklichen Merkmals treffen sollen.³³ Der Vortrag des Klägers beziehe sich nicht auf eines der entsprechenden Merkmale. Weder die Einziehung zum ägyptischen Militär, noch eine drohende Bestrafung wegen Wehrdienstentziehung stellen nach der Erkenntnislage Verfolgungshandlungen dar, die an die politische Überzeugung oder an die Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe anknüpfen.³⁴ Das Gericht ist auch nicht von einer reinen Gewissensentscheidung bzw. einer politischen Motivation als Grund für die Wehrdienstverweigerung des Klägers überzeugt.

Der Kläger habe jedoch aufgrund der ihm drohenden Haftbedingungen einen Anspruch auf die Zuerkennung subsidiären Schutzes. Er habe durch Vorlage von entsprechenden Unterlagen und im Rahmen seines mündlichen Vortrags schlüssig dargelegt, dass er bereits beim Militär registriert sei und sich aufgrund des länger als genehmigten Auslandsaufenthalts der Wehrdienstentziehung strafbar gemacht habe. Nach Art. 154 des ägyptischen Gesetzes über die Militärgerichtsbarkeit ist für Militärdienstentziehung eine Haftstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe vorgesehen.³⁵ Der Erkenntnislage folgend, geht das Gericht davon aus, dass unmenschliche oder erniedrigende Haftbedingungen in Ägypten weit verbreitet sind. Neben Überbelegung, unzureichender Gesundheitsversorgung, Belüftung und Hygienestandards, sowie fehlendem Zugang zu Trinkwasser komme es auch zu Folter und Misshandlungen.³⁶ Dabei handle es sich insgesamt um eine sehr schwer zu gewichtende und nicht zu rechtfertigende Verletzung des Individuums sowohl in seinen Rechten aus Art. 3 EMRK wie auch in denen aus Art. 1 Abs. 1 GG. Diese – nicht nur in Spezialgefängnissen herrschenden – unmenschlichen und erniedrigenden Haftbedingungen drohen dem Kläger nach aktueller Erkenntnislage unabhängig davon, ob er in Ägypten als politischer Gefangener

33 BVerwG, Beschluss vom 24.4.2017, BVerwG 1 B 22.17, <https://www.bverw.de/de/240417B1B22.17.0> (abgerufen am 21.06.2023).

34 Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Ägypten vom 26.1.2022, S. 11.

35 VG Berlin, Urteil vom 03.06.2021, VG 32 K 521.17 A. In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/694191/694209/694234/22719414/-/VG_Berlin%2C_vom_03.06.2021%2C_VG_32_K_521.17_A%2CUrteil.pdf?nodeid=23186638&vernum=-2 (abgerufen am 21.06.2023).

36 Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in Ägypten vom 26.1.2022, S. 6.

Amnesty International, „What do I care if you die?“, 25.1.2021, S. 17 ff.

United States – Department of State, Country Reports on Human Rights Practices for 2020, 30.3.2021, S. 7 f.

31 OVG Lüneburg, Beschluss vom 22.02.2023 - 10 LA 12/23.

In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/687377/687464/687482/687314/24036861/-/OVG_L%C3%BCneburg%2C_vom_22.02.2023%2C_10_LA_12_23%2C_Beschluss.pdf?nodeid=24102910&vernum=-2 (abgerufen am 21.06.2023).

32 VG Bremen, Urteil vom 27.04.2023, 1 K 2535/21. In MiLo: https://milo.bamf.de/otcs/cs.exe/fetch/2000/702450/683266/693991/694191/694209/694234/24088675/-/VG_Bremen%2C_vom_27.04.2023%2C_1_K_2535_21%2CUrteil.pdf?nodeid=24099705&vernum=-2 (abgerufen am 21.06.2023).

angesehen wird.³⁷ Zwar möge die Wahrscheinlichkeit, dass der Kläger tatsächlich militärstrafrechtlich belangt werden würde, bei unter 50 Prozent anzusetzen sein, allerdings führe die besondere Schwere des dann zu befürchtenden Eingriffs, nämlich die Strafhaft unter menschenunwürdigen Bedingungen, in einer Gesamtbetrachtung zu einem Überwiegen der gegen eine gefahrlose Rückkehr sprechenden Tatsachen. Dem Kläger sei somit im vorliegenden Einzelfall derzeit nicht zuzumuten, nach Ägypten zurückzukehren, da ihm dort mit beachtlicher Wahrscheinlichkeit eine unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Bestrafung drohe.

Rechtsdokumentation

Neuerwerbungen der Bibliothek

Anwerbung und Förderung von Start-up-Gründungen durch Drittstaatsangehörige in Deutschland / Beirat für Forschungsmigration beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023. - 1 Online-Ressource (3 Seiten)

Aufenthaltsstatus eines aus der Ukraine kommenden Drittstaatsangehörigen: VGH Mannheim Beschl. v. 26.10.2022 - 11 S 1467/22. - 1 Online-Ressource (5 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 1-2, Seite 103-107

Baade, Björnstjern; Gölz, Leah: An empirical analysis of credibility assessment in German asylum cases. - 1 Online-Ressource (32 Seiten). - In: German law journal: GLJ: open access to comparative, European, and international law. - 24 (2023), Heft 2, Seite 310-341

Büchsel, Teresa: Performing professionalism - emotions in asylum courts. - 1 Online-Ressource (34 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 86-119

Chancen und Herausforderungen des Einsatzes von Blockchain in der öffentlichen Verwaltung: Erkenntnisse aus dem FLORA-Projekt des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge: Whitepaper. - Stand: 02/2023. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023. - 1 Online-Ressource (21 Seiten)

Costello, Cathryn: Who is recognised as a refugee? Insights from diverse disciplines. - 1 Online-Ressource (16 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 120-135

Country guidance: Afghanistan. - January 2023. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, [2023]. - 1 Online-Ressource (169 Seiten). - ISBN 978-92-9403-060-3

Günther, Johanna C.: Wenn Brüssel auf Straßburg schaut - Der Einfluss des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte auf die europäische Asylpolitik. - 1 Online-Ressource (37 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 49-85

Hilb, Laura: Überblick zu den Änderungen durch das Gesetz zur Beschleunigung der Asylverfahren. - 5 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht. - (2023), Heft 3, Seite 48-52

Hofmann, Rainer M. [u.a.]: Ausländerrecht: AufenthG, FreizügG/EU, Assoziationsrecht, EU-Abkommen, AsylG, GG, , StAG, BVFG. - 3. Auflage.

³⁷ Ebd.

- Baden-Baden: Nomos, 2023. - 3600 Seiten. - ISBN 978-3-8487-3378-1

Hruschka, Constantin; Rohmann, Tim: Excluded by crisis management? legislative hyperactivity in post-2015 Germany. - 1 Online-Ressource (13 Seiten). - In: International migration: quarterly review. - 61 (2023), Heft 3, Seite 12-24

Klaus, Sebastian: Unzulässigkeit der analogen Anwendung von § 81 Va AufenthG auf Fälle des § 24 AufenthG - und was nun? Entscheidungsbesprechung: VGH Mannheim, Beschl. v. 26.10.2022 - 11 S 1467/22. - 1 Online-Ressource (7 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 4, Seite 162-168

Leitfaden: Afghanistan. - April 2022. - Luxemburg: Amt für Amtliche Veröffentlichungen, 2022. - 1 Online-Ressource (62 Seiten). - ISBN 978-92-9400-479-6

Leitloff, Karl [u.a.]: Jahresbericht des Beirats für Forschungsmigration gem. § 38d Abs. 3 Aufenthaltsverordnung - 2022. - Stand: 03/2023. - Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 2023. - 1 Online-Ressource (29 Seiten)

Loock, Mailin; Greilich, Sophie: Refugee Law Clinics in Deutschland - Kristallisationspunkte einer kritisch-reflexiven Ausbildung, Rechtspraxis und Wissenschaft im Migrationsrecht. - 1 Online-Ressource (17 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 181-197

Martin, Max: Problematik der zurückdatierten Eheschließungen beim Familiennachzug. - 1 Online-Ressource (7 Seiten). - In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik: ZAR. - 43 (2023), Heft 4, Seite 156-162

Offer, Bettina: Das Fachkräfteeinwanderungsgesetz 1.1 ...und was für ein gelungenes Einwanderungsrecht noch fehlt. - 1 Online-Ressource (4 Seiten). - In: Zeitschrift für Rechtspolitik: ZRP. - 56 (2023), Heft 4, Seite 101-104

Recommendations on Dublin transfers. - April 2023, revised 2nd edition. - Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2023. - 1 Online-Ressource (46 Seiten). - ISBN 978-92-9465-833-3

Riepe, Judith: Aushandlungen von Glaubhaftigkeit und Glaubwürdigkeit im Zuge der richterlichen Urteilsbildung in Asylklageverfahren in Deutschland - Ethnologische Perspektiven. - 1 Online-Ressource (15 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 151-165

Ronte, Lena: Frauen sind (k)eine soziale Gruppe?! zum Begriff der frauenspezifischen Verfolgung in der

aktuellen Rechtsprechung. - 7 Seiten. - In: Asylmagazin: Zeitschrift für Flüchtlings- und Migrationsrecht / Informationsverbund Asyl e.V.. - (2023), Heft 4, Seite 89-95

Suerbaum, Magdalena: Embodying legal precarity: living with ongoing short-term protection in Germany. - 1 Online-Ressource (14 Seiten). - In: International migration: quarterly review / International Organization for Migration. - 61 (2023), Heft 3, Seite 25-38

Walter, Bernd: Der Schengener Grenzkodex auf dem Prüfstand. - 1 Online-Ressource (5 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 42 (2023), Heft 8, Seite 563-568

Wessels, Janna: Deconstructing doctrinal struggles through legal discourse analysis: the example of 'discretion' reasoning in refugee law. - 1 Online-Ressource (15 Seiten). - In: Zeitschrift für Flüchtlingsforschung: Z'Flucht. - 7 (2023), Heft 1, Seite 136-150

Wieser, Matthias: Die richterliche Durchsuchungsanordnung nach § 58 VIII 1 AufenthG : ein Blick in die Praxis. - 1 Online-Ressource (7 Seiten). - In: Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht: NVwZ. - 41 (2022), Heft 4, Seite 185-191

Impressum

ISSN 2940-7001

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
90461 Nürnberg

Stand

06/2023

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bildnachweis


iStockphoto

Bestellmöglichkeit

Referat Informationsvermittlung/Länder- und Rechtsdokumentation,
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Nürnberg
E-Mail: [e-brief\(at\)bamf.bund.de](mailto:e-brief(at)bamf.bund.de)
<https://milo.bamf.de>
Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen
unter: www.bamf.de/publikationen

Die Publikation wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Besuchen Sie uns auf

 www.facebook.com/bamf.socialmedia

 [@BAMF_Dialog](https://twitter.com/BAMF_Dialog)

www.bamf.de

